

SPD-Fraktion fordert Sonderinvestitionsprogramm für Barrierefreiheit

Pressegespräch mit

Ilona Deckwerth, MdL, inklusionspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion

6. September 2018, 11.00 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag

GRUNDSÄTZLICHES

- Vor zehn Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. 2009 hat sich Deutschland durch die Ratifizierung zu deren Zielen bekannt: Danach müssen sämtliche gesellschaftlichen Bereiche auch für Menschen mit Behinderung erreichbar sein. Für die Umsetzung der sogenannten Inklusion sind die Länder zuständig.
- Doch noch immer wird in Bayern zu wenig für Menschen mit Behinderung getan. Noch 2013 hatte der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer angekündigt, den Freistaat bis 2023 komplett barrierefrei machen zu wollen. Davon ist man weit entfernt, und in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Markus Söder im April 2018 spielte das Thema Barrierefreiheit keine Rolle mehr.
- Ein Blick in den Staatshaushalt zeigt, dass die Mittel zum Beispiel für den barrierefreien Ausbau von Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln viel zu niedrig angesetzt sind. Menschen mit einer Behinderung sind auch in anderen Bereichen nach wie vor benachteiligt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher ein **Sonderinvestitionsprogramm für Barrierefreiheit** und stellt eine Reihe von Maßnahmen vor (Antragspaket anbei), die die Politik ergreifen muss, um das Leben von Menschen mit einer Behinderung zu erleichtern und ihre Inklusion in die Gesellschaft voranzubringen.

SONDERINVESTITIONSPROGRAMM BARRIEREFREIHEIT

- Für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 verbleiben im Staatshaushalt für die Realisierung des Prinzips der Barrierefreiheit lediglich rund 15 Mio. Euro an zusätzlichen Investitionen.
- Dieser Betrag verdient nicht einmal die Bezeichnung „Tropfen auf den heißen Stein“ und muss deutlich erhöht werden.
- Die SPD-Fraktion fordert die Staatsregierung daher auf, ein Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit aufzulegen und jährlich mit mindestens 200 Mio. Euro auszustatten.

Barrierefreie Bahnhöfe – Beispiel Allgäu:

- Im Allgäu sind von 55 Haltepunkten lediglich 11 barrierefrei.
- Folge: Reisende auf der Strecke zwischen Oberstdorf und Kempten, die bspw. in Fischen barrierefrei und damit selbstständig einsteigen können, können an den übrigen acht Stationen nicht barrierefrei aussteigen, sondern erst wieder in Buchloe, also am Ende des Allgäus.

Barrierefreie staatliche Gebäude:

- 2014 waren 27 Prozent der staatlichen Gebäude barrierefrei, 2017 auch erst 36 Prozent.
- Die Zahlen sind zudem fragwürdig, da die Staatsregierung keine Angaben zu barrierefreien Schulen macht.

BARRIEREFREIER ARBEITSMARKT

- **Menschen mit Behinderung profitieren nicht von der guten wirtschaftlichen Lage in Bayern:** Während rund 75 Prozent der Menschen ohne Behinderung ihren Lebensunterhalt durch ihre eigene Erwerbstätigkeit bestreiten können, sind es lediglich 35 Prozent der Menschen mit Behinderung.
- Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung ist drei Mal so hoch wie der Durchschnitt.
- Die SPD-Fraktion fordert daher, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern und **Übergänge zwischen den verschiedenen Beschäftigungssystemen zu erleichtern**, z.B. durch die Einführung neuer Ausbildungsberufe wie „Inklusionsbegleiter/in“.

BARRIEREFREIES WOHNEN

- Stand 2018 sind nur ein bis fünf Prozent der Wohnungen in Deutschland als barrierefrei bzw. barrierearm einzuschätzen.
- Die geschätzte **Versorgungslücke** an barrierefreien bzw. -armen Wohneinheiten in Bayern liegt bei 146.000.
- Prognose: Bis 2030 werden in Bayern fast 354.000 barrierefreie Wohnungen benötigt.
- Hierbei wäre für 15 Prozent der pflegebedürftigen Menschen ein Umzug ins Pflegeheim vermeidbar, wenn sie in einer geeigneten Wohnung leben könnten.
- Die SPD-Fraktion fordert deshalb u.a., **Menschen mit Behinderung besser bei der Wohnungssuche zu unterstützen**, z.B. durch flächendeckende Beratungsstrukturen und verpflichtende Berücksichtigung des Platzes für eine Assistenz bei der Vergabe von Wohnraum.